

Hic Rhodus, hic salta

Von Jochen Scholz

Wenn wir die Hegelsche Variante dieser Aufforderung aus der Äsop-Fabel „Der Prahlhans als Fünfkämpfer“ einmal beiseite lassen, dann könnte sie, auf die Politik angewandt, so übersetzt werden: Klopfe keine Sprüche, sondern handle, wenn es darauf ankommt. Voraussetzungen dafür sind allerdings, dass die Notwendigkeit zum Handeln erkannt wird sowie das richtige Timing.

Die Bundesregierung tritt nun mit einem [Verfahrensvorschlag](#) für eine geordnete staatliche Insolvenz von EU-Staaten an die Öffentlichkeit. Die Botschaft kommt reichlich spät und das zeigt, dass ein staatlicher Schuldenüberhang immer noch überwiegend als ein Problem der Entwicklungs- und Schwellenländer wahrgenommen wird, obwohl die OECD und die Bank für Internationalen Zahlungsverkehr (BIZ) schon seit einiger Zeit den Finger bei den Industriestaaten in die Wunde legen.

Zwar sieht der Vorschlag aus dem Justiz- und dem Finanzministerium eine Beteiligung der privaten Gläubiger vor, was allgemein als [Haircut](#) bezeichnet wird. Aber das ist nichts Neues und wurde bei allen bisherigen Umschuldungsverfahren für Staaten angewandt. Entscheidend sind zwei andere Komponenten. Sie zeigen zweierlei. Erstens, dass hier reine Finanz-Fachtechniker und Juristen am Werk sind, weil sie dem Internationalen Währungsfonds (IWF) eine Schlüsselrolle im Verfahren übertragen wollen. Von dessen Hauptaufgabe, die Dominanz des globalen Dollarsystems als Machtbasis der USA auszubauen und zu bewahren, haben die Referenten beider Ministerien offensichtlich noch nie gehört. Zweitens, und dies wirft ein weiteres Mal ein bezeichnendes Licht auf das Demokratieverständnis unserer Politiker und ihren Respekt vor staatlicher Souveränität und deren Wurzeln. Auch das ist nichts Neues, wenn wir an den gescheiterten Versuch denken, der EU über die Köpfe der Bürger eine Verfassung überzustülpen. Zu einem Lernprozess hat die Niederlage jedoch nicht geführt. Denn die Bundesregierung plant, dass die EU-Mitgliedsstaaten unter bestimmten Umständen sogar Mitbestimmungsrechte an einen [Insolvenzverwalter](#) abtreten. Nun ist zwar kaum zu erwarten, dass sich [souveräne Staaten](#) einer Art Reichskommissar unterwerfen werden, noch dazu auf Vorschlag Deutschlands. Für die Bürger sollte diese vordemokratische Einstellung aber die höchste Alarmstufe auslösen. Und das heißt: lasst euch von Wölfen im Schafspelz nicht täuschen. Wer als Regierungschefin [Abgeordnete an die Kandare](#) nehmen will, dem geht es ausschließlich um Macht.

Aber zurück zum Ausgangspunkt. Und zu seinen beiden Voraussetzungen. Seit fast 25 Jahren liegt der Vorschlag eines staatlichen Insolvenzverfahrens auf dem Tisch, der auf dieser Webseite bereits mehrfach erwähnt worden ist. Während die Bundesregierung mit einem diktatorischen Ansatz schwanger geht, der letztlich nur zum Ziel hat, die institutionellen Gläubiger so wenig wie möglich für ihre verantwortungslose Kreditvergabe zu belasten, schlägt [Kunibert Raffer](#) in Anlehnung an Kapitel 9 (für Städte und Gebietskörperschaften) des US-amerikanischen Insolvenzrechts einen Weg ein, der weder die Souveränität einschränkt, noch den gesellschaftlichen Zusammenhalt des betroffenen Staates in Frage stellt. Dazu die beiden nachstehenden, aussagekräftigen Zitate:

“It should go without saying that this strong position precludes any form of receivership.”

“It is mandatory that schemes to protect a minimum standard of living be part and parcel of every international composition plan. In analogy to the protection granted to the population of an indebted municipality by domestic Chapter 9 the money to service a country's debts must not be raised by destroying basic social services. Subsidies and transfers necessary to guarantee humane minimum standards to the poor must be maintained. Funds necessary for sustainable economic recovery must be set aside.”

Eine Fraktion des Deutschen Bundestages hat bereits vor Monaten die Chance erhalten, der Bundesregierung zuvorzukommen, diesen Vorschlag als Antrag in das Parlament einzubringen und so eine ihrem Selbstverständnis entsprechende, definitiv linke Duftmarke bei einem der wichtigsten Themen zu setzen, die seit dem offenen Ausbruch der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise im Spätsommer 2008 virulent geworden sind. Bei der Frage nämlich, wie Politik das [Monster zähmen](#) kann. Stattdessen setzte man auf Kampagnen wie „[Wir zahlen nicht für Eure Krise](#)“. Hic Rhodus, hic salta? Die Chance wurde vertan, jetzt kann man nur noch hinterherhecheln.

Ach, da fällt mir noch ein Zitat von Günter Grass ein: Verstrickt in die Mühsal der täglichen Politik, will ihnen kein Überblick gelingen.

12. Juli 2010